

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Zur Abstimmung.

Nachdem jahrelang die Arbeitslosenunterstützungsfrage in unserer Vereinigung Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen und besonders in der letzten Zeit das größte Interesse in den Filialen und Zahlstellen in Anspruch genommen hat, hat nach dem Beschluß des Vorstandes und Ausschusses über die den Mitgliedern der Vereinigung unterbreiteten Vorschläge bis zum Sonntag den 13. Dezember die Abstimmung stattzufinden. Zum zweiten Male wird in unserer Vereinigung eine Abstimmung vorgenommen. Während die erste im Dezember 1894 auf Antrag von 20 Filialen wegen der Festlegung des Eintrittsgeldes und der Beiträge weiblicher Mitglieder erfolgte, also von ganz geringfügiger Bedeutung war, stehen wir diesmal vor der Lösung einer der wichtigsten und einschneidendsten Fragen der Gewerkschaftsorganisation.

Die weitgehende Bedeutung der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung, ihre Vorteile und Zweckmäßigkeit an dieser Stelle nochmals hervorzuheben, dürfte überflüssig sein, es ist dies in ausreichendem Maße in Artikeln und Eingangsblättern geschehen. Stets wurde von dem Standpunkt ausgegangen, daß die Arbeitslosenunterstützung ein gewerkschaftliches Kampfmittel sei, das den Gewerkschaften zur Erhaltung ihrer errungenen Position in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen dient. Also in der Eigenschaft als Agitations- und Kampfmittel, als Mittel zur Stärkung der Organisation, liegt der hohe Wert der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaft. Deshalb erblicken die Arbeiter, welche wirklich vom Solidaritätsgefühl durchdrungen sind, in diesem Unterstützungszweig keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern sie zahlen ihre Beiträge in dem Bewußtsein, dadurch für eine Linderung der Not mit beizutragen, sowohl im eigenen Interesse als auch in dem der Organisation, welche leistungsfähiger bestehen muß, wenn verhindert werden soll, daß sich Mitglieder zu jedem Preis den Unternehmern anbieten und so die Löhne im allgemeinen drücken.

In der den Kollegen vorliegenden Broschüre hat der Vorstand über den bisherigen Verlauf der Arbeitslosenunterstützungsfrage innerhalb unserer Vereinigung eine übersichtliche Darstellung gegeben unter genauer Beobachtung der statistischen Erhebungen. Selbstverständlich war uns klar, daß hierüber, wie auch bei anderen Fragen, die Ansichten weit auseinander gehen würden. Aber niemals hätten wir es für möglich gehalten, daß von neuem die alten Ladehüter und solche Einwendungen gegen die beiden Entwürfe zu Tage treten würden, wie in den letzten Nummern des „Verbands-Anzeiger“ zu ersehen, umso mehr, als man annehmen sollte, daß jedes Mitglied in Besiz wenigstens der letzten beiden Protokolle ist. Auch die Nr. 9 des „Verbands-Anzeiger“ dieses Jahres, worin die Ergebnisse der letzten Arbeitslosenstatistik enthalten sind, kann unmöglich den verschiedenen Gegnern der Vorschläge als Unterlage gedient haben, weil ihnen sonst bei einiger Ueberlegung die Ueberzeugung werden mußte, daß der Vorstand auf Grund seiner Erfahrungen sich auf kein Experiment einlassen kann, das unter Umständen für die Existenz unserer Vereinigung von tiefgehenden Folgen sein könnte. Die Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe unserer Vereinigung war nach unserem Dafürhalten die Richtschnur des Vorstandes bei seiner Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung und jeder mit der Materie nur einigermaßen vertraute Kollege wird dies nur gutheißen können. Eine sichere rechnerische Unterlage fehlt uns zwar noch ganz und gar, aber es wäre gefehlt, die zur äußersten Vorsicht mahnenden Resultate der bisher veranstalteten Statistiken nicht berücksichtigen zu wollen, und aus allem haben wir entnommen, daß jahraus jahrein von 100 Kollegen über 70 arbeitslos werden.

Die der Abstimmung unterliegenden Vorschläge sind also wohlwogend im Interesse unserer Vereinigung und unter Berücksichtigung der sozialen Lage der gesamten

Stollgenenschaft. Aber weil so viele Kollegen, die Stellung zu dieser Frage entweder in den Mitgliederversammlungen oder im „Verbands-Anzeiger“ genommen haben, das bisherige Material nicht kennen oder wenigstens ganz außer Rechnung lassen, bezeichnet man die Vorschläge des Vorstandes als unannehmbar, da sie mit den Beiträgen nicht im Einklange stehen; derweilen wurde schon auf der Berliner Generalversammlung vom Referenten „nur mit der Beitragserhöhung an und für sich“ gerechnet, da der bisherige Beitrag, der an die Hauptkasse abzuliefern ist, für die Arbeitslosenunterstützung garnicht in Betracht kommen kann. Auch in der Broschüre ist dies sehr deutlich hervorgehoben und damit die zweijährige Starengzeit begründet. Andererseits erklärt man sich für höhere Beiträge bereit und macht neue Vorschläge, die kaum für den einzelnen Ort, an dem sie gemacht sind, zur Durchführung geeignet erscheinen. Dabei vergißt man wieder ganz, welcher Energie es fast überall in diesem Frühjahr gekostet hat, in den Filialen und Zahlstellen ein einheitliches Beitragssystem zu Gunsten der Filialklassen durchzuführen. Und Filialen, bei denen die Durchschnittslöhne noch lange nicht 40 Pfennig pro Stunde betragen, zuzumuten, 80 Pf. bis 1 Mark wöchentlich Beitrag zu bezahlen, zeigt ebenfalls, wie wenig Verständnis derartigen Anträgen zu Grunde liegt.

Nicht viel besser ist es mit dem schon oft erhobenen Antrag, die Kranken- und Sterbeunterstützung zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung aufzuheben. Gewiß wurde für die Krankenunterstützung im Jahre 1902 schon eine Summe von 20 706.58 Mark und für die Sterbeunterstützung 1030 Mark ausgegeben. Bedenkt man aber, daß diese Unterstützung ihre vielen Freunde gefunden, welche sie nicht mehr missen mögen, von einer Arbeitslosenunterstützung dagegen Abstand nehmen, so ist auch das Ergebnis unserer letzten Statistik von ausschlaggebender Bedeutung, indem von 8592 Befragten 6215 = 72 Proz. 318 453 Tage arbeitslos waren, dagegen nur 1450 Kollegen = 17 Proz. 7266 Tage krank. Vorschläge, die gegen jede Klassifizierung sich wenden, müssen natürlich von vorn herein ausscheiden.

Die Höhe der Summe für Arbeitslosenunterstützung gleich derjenigen zu bestimmen, welche jetzt für die Reiseunterstützung beschlossen ist, wie es verschiedene Filialen in Rheinland und Westfalen wünschen, muß ebenfalls als ungeeignet erscheinen, wenn diese Kollegen die im Durchschnitt geringe Zahl der reisenden Kollegen und die dafür ausgezahlte Unterstützung gegenüber einer Arbeitslosenunterstützung in Erwägung ziehen.

Nach den bekannt gewordenen Stimmen zu urteilen, scheint die Mehrzahl unserer Kollegen ihr Votum gegen die unterbreiteten Entwürfe einzulegen, womit natürlich die Kollegen sich nicht im allgemeinen gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung überhaupt erklären.

Mag deshalb die Abstimmung ausfallen wie sie wolle, wir hoffen, daß unsere Kollegen ihre Stimme in der Ueberzeugung abgeben, daß alle Unterstützungsrichtungen nur als Hindemittel dienen, nur Mittel zum Zweck sind, unsere Vereinigung zu stärken und leistungsfähiger zu machen zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes. In all unseren Bestrebungen, welche auf den Ausbau unserer Vereinigung hinführen, möge für alle Mitglieder dies das Alpha und Omega sein.

Eine imposante Kundgebung der Dresdener Arbeiter gegen die Bleigefahr.

Vom sächsischen Ministerium des Innern ist sämtlichen sächsischen Stadträten eine Aufforderung zugegangen, Verordnungen zum Schutze der mit Blei und Bleipräparaten arbeitenden Arbeiter, besonders der Maler, Lackierer und Anstreicher zu erlassen. Wir berichteten kürzlich, daß der Dresdener Stadtrat und die Stadtverordneten eine diesbezügliche Verordnung schon in Beratung genommen haben. Man befragte auch die beteiligten Innungen, wie sie über die Sache denken und die Sache wäre heute schon fix und fertig, alles, ohne daß man dabei an die Arbeiter selbst — an die Hauptinteressenten — gedacht hätte, wenn nicht von unserer Organisation ein Beto gegen diese Bleiseitenschiebung unserer Kollegen eingelegt worden wäre. Vom Dresdener Vertrauensmann unserer Organisation

wurde nach in letzter Stunde folgendes Schreiben, das auch der Vorsitzende der Innungen mit unterzeichnete, an das Stadtverordnetenkollegium abgelesen:

Die beiden geachteten städtischen Kollegien beschäftigten sich am 10. Dezember d. J. mit einer Beschlussempfehlung über Vorschläge zur Bekämpfung von Bleierkrankungen gewerblicher Arbeiter. Unterzeichnete gestattete sich nun, im Auftrag von 1903 der hiesigen Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher angehörenden Kollegen dieser Stadt und im Verbands der hiesigen Angehörigen der hiesigen städtischen Kollegien, nachher und, als den unter der Gefahr der Bleigefahr am meisten leidenden Arbeiterkategorien der größten Verwundung darüber Ausdruck zu erteilen, daß man diese, resp. deren autorisierte sachkundige Vertreter zu keiner Weisungsbekämpfung heranzieht, ja völlig im Dunkeln über die bisher schon geschlossenen Verhandlungen lassen hat.

Dadurch, daß die höchstens materiell interessierten Arbeiter, die in dieser Angelegenheit ein großes körperliche Opfer bringen, wie die bisher völlig übergangenen Arbeiter, deren Leben, Gesundheit und Familienstand ebenfalls auf dem Spiele stehen, gelangt hat, ist eine Ungleichheit zwischen den beiden Interessengruppen geschaffen worden, die einmal das Resultat der Verhandlungen nachteilig beeinflussen und zum anderen in den Kreisen der hinterlassenen Arbeiter größte Erbitterung hervorzurufen muß. Unterzeichnete geben deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß die hochgeachteten Kollegien beschließen, vor Vereblichung der erwähnten Vorlage auch noch Vertreter der direkt beteiligten Arbeiter zu hören und eruchen um gütigste Uebermittlung der zur Beurteilung der bisher geschlossenen Verhandlungen erforderlichen Unterlagen.

Unterschriften.

Dieses Schreiben wurde von einem im Stadtverordnetenkollegium sitzenden Arzte aufgegriffen, die geäußerten Wünsche als völlig berechtigte anerkannt und so gab ihm unter schlecht verhohlenen Groll schließlich auch die antisemitische Stohorie statt. Also das Prinzip wurde auf das Eingreifen der Organisationen hin anerkannt, daß bei solchen Fragen auch die beteiligten Arbeiter gehört werden müssen. Man beriefen unsere Kollegen eine öffentliche Versammlung aller an der Bleigefahr interessierten Arbeiter ein, deren massenhafter Besuch auch von Nichtbrüdern (die bei dieser Gelegenheit gar nicht mit einbezogen sind, weil ihnen das, was hier verordnet werden soll, schon durch die bekannte Bundesratsverordnung von 1896 gewährt ist), bewies, welches Interesse die fortgeschrittenen Arbeiter an dieser Frage nehmen.

Die große Versammlung trug einen durchaus ernsten, der wichtigen Frage entsprechend würdigen Charakter und die Objektivität, deren sich sämtliche Redner in der Beurteilung der Ratsvorlage bekleideten, wirkte wie eine moralische Ohrfeige gegen jene Stöhrer, die erst daran erinnert werden mußten, daß gerade die Arbeiter die kompetentesten Berater in solchen Fragen sind.

Kollege Streine als Referent erörterte die Entwicklung der ganzen Bewegung, die jetzt immer weitere Kreise zieht. In ihr seien die Arbeiter immer Hand in Hand mit der medizinischen Wissenschaft gegangen, während die Feinde der Bewegung, zahlreiche Unternehmer, Bleiwerkstätten, Behörden usw. sich von feindlichen Vorurteilen, schüdem Eigenmuth, daß gegen die Arbeiter u. a. leiten ließen. Zu der Besprechung der Ratsvorlage übergehend bemerkte er, es müsse bedauert werden, daß man nicht auf ein gänzlich Verbot des Bleiweißes zu kommen wolle; daß das angängig sei, darin wären sich viele Männer der Wissenschaft, erfahrene Unternehmer und Arbeiter einig. Zudem verwies er auf die in Frankreich und Belgien gemachten Erfahrungen. Forderten wir auch das gänzliche Verbot der Bleiweißverarbeitung, so wären wir, schon weil andere Materialien auch noch giftig sein, für Schutzmaßnahmen, wie sie in der Vorlage zum Teil enthalten seien. Darin müsse vor allem noch klar und deutlich ausgesprochen werden, daß die Vorschriften auch noch auf Neubauten und Privatarbeiten Geltung haben sollen; gerade dort mangle es meist an den einfachsten Vorkehrungen, Ankleideräumen usw. Arbeitern, die der Bleivergiftung verdrächtigt seien, dürfe nicht ohne weiteres die Weiterbetreibung des Berufs verboten werden; außerdem, man entschädige die Opfer ihres Berufs so, daß sie sich ohne Verlust der schädlichen Arbeit fernhalten könnten. Lehne man das völlige Verbot der Bleiweißverarbeitung ab, so müsse zum mindesten das Verbot bei Innearbeiten erzwungen werden; hierbei gefiel Kollege Str. insbesondere die Halbheit einer Bestimmung, wonach sich das Verbot nach der Vorlage nur auf Schlafräume erstrecken solle, auf Wohn- und andere Räume aber nicht; den Arbeitern könne es gleich sein, ob sie sich in einem Wohn- oder Schlafrum vergiften. Summieren habe man hier, wenn auch nur spießbürgerlich-schüchtern, die Möglichkeit des Bleiweißverbotes anerkannt. Mache man nur ganze Arbeit, fasse man das Uebel an der Wurzel an, mit Palliativmitteln sei nur sehr wenig getan. Behandle man die Frage unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern in der Stadtregierung mit derselben Unerblichkeit, wie die Arbeiter das

immer getan, dann komme auch etwas ersprießliches zu stande.

Hierauf nahm der anwesende Nervenarzt Dr. Ritter, ein bürgerlicher Mann, dessen Eingreifen die jegliche Bewegung gegen das Meiß zu einem Teil mit zuzuschreiben ist, das Wort. Als er die Frage der Weibekämpfung beim sachlichen Ministerium anregte, habe er selbst noch nicht die wirkliche Größe der Gefahr geahnt. Anfangs seien ihm viel Klummer und Widerwärtigkeiten selbst von Verzten bei seinem Vorgehen berichtet worden. Man habe ihm die Arbeit gründlich erschwert. Hier handele es sich nicht um Kleinigkeiten. Natürlich müßten die beteiligten Arbeiter gefragt werden, was sie für nötig halten, sie seien die wirklich Interessierten, nicht diejenigen, die die Sache vom Geschäftstandpunkt betrachten. Denn, wolle er über die Gefahr des Alkohols unterrichtet sein, so frage er nicht die Fußelbremser und wolle man über die Möglichkeit eines Weibweißverbotes Klarheit haben, dürfe man keine Weibweiß nicht aus einer Broschüre holen, die von den Weibweißfabrikanten geschrieben sei. Es wäre ihm vorgeworfen worden, er schädige die deutsche Weibweißindustrie. Die gehe ihm keinen Pfefferling an; denn ob die Herren ihr Geld an Weibweiß oder Pinkweiß verdienen, bleibe sich gleich. Wichtig sei vor allem eine genaue Statistik der Meierkrankungen über das ganze Reich, an der die Krankenkassen, Mißtrauensgesellschaften und Gewerkschaften mit arbeiten müßten und eine Beschränkung der Weibweißverarbeitung auf ein Minimum ganz unerläßlicher Arbeiten. Dabei müsse die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und in ihrem Machtbereich das Weibweiß verbieten. Ferner solle man auf Kosten der Krankenkassen sämtliche gefährdete Arbeiter von Zeit zu Zeit ärztlich untersuchen. Dabei würden die Klassen nur profitieren, man trage die geringen Kosten der Untersuchung, als daß ihr dann die Kranken ein halbes Jahr auf die Tasche liegen. Er erbiete sich, unentgeltlich eine Broschüre zu schreiben, in der er den Arbeitern das wichtigste zu ihrem Schutze mitteilen wolle.

Auch die Schneider und Schneiderinnen hätten infolge der Profitgier der Seidenfabrikanten, die um die Seide schwer zu machen, diese mit Bleifarben färben, unter Bleibergiftungen zu leiden, ohne es recht zu wissen. Hier müßten sich die Arbeiter rühren und die Bewegung vorwärts treiben, von den Weibweißfabrikanten und anderen Interessengruppen hätten sie nichts zu erwarten und der liebe Gott helfe nur dem, der sich selber helfe.

Buchdrucker Wenzel: Die Buchdrucker seien nicht in der glücklichen Lage wie Maler und Lackierer, daß sie die Hoffnung hegen könnten, einmal von der Bleibearbeitung ganz erlöst zu werden. Sie hätten mit ihrer Bundesratsverordnung gute Erfahrungen gemacht, zumal ihre gute Organisation deren Durchführung fast allgemein erzwingen habe.

Malermeister Groll hält das Weibweiß für Außenarbeiten noch nicht völlig erziehbar, wohl aber für Innenarbeiten. Trotzdem schreibe man bei öffentlichen Arbeiten, auch vom Dresdner Hochbauamt vor, daß nur chemisch reines Weibweiß verwendet werden dürfe. Die Behörden sollten aber gerade vorangehen in der Unterbindung schädlicher Produktionsmethoden. Es müsse auch Klarheit geschaffen werden über die Zusammenlegung anderer giftiger Farben, auch des Pinkweißes, dessen Giftigkeit durch größere Verwendung infolge der Einschränkung des Weibweißes größere Bedeutung erhalte. Ferner müsse man das Trockenschleifen von Bleifarbenstreifen verbieten und unter den Arbeitern Aufklärung über die ersten Anzeichen sich bemerkbar machenden Meierkrankungen unterrichten.

Eisenbahnarbeiter Dräger gab weiter bekannt, daß die Lackierer in den Werkstätten der sächsischen Staatsbahn ganz erheblich unter der Bleigefahr zu leiden hätten. Wohl seien die modernsten Ventilationseinrichtungen angebracht worden, aber an Stellen, an denen sie ihren Zweck völlig verfehlen und die Arbeiter in schlechter Luft lassen, zumal sie, infolge des berühmten Sparsystems, oft außer Betrieb gestellt würden.

Nachdem noch Kollege Wischniewski Mißstände aus einigen Fabriken besprochen hatte und nach Schlußworten Dr. Ritters und des Referenten wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Hoffentlich trägt diese Rundgebung überall dort, wo in ähnlicher Weise behördlicherseits dem Blei zu Weib gegangen werden soll, — was in allen Städten Sachsens demnächst zu erwarten ist — zu immer größeren Vertiefung der wichtigen Sache bei.

Stimmen zu den Vorschlägen des Vorstandes zur Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Eine am 29. November stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung in Bremen besaßte sich mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes. Kollege Kaune nahm hierzu das Wort und meint, daß wohl nach den jetzigen Vorschlägen die Arbeitslosenunterstützung nicht auf Annahme rechnen könne, da eine derartige Unterstützung wohl wenig den arbeitslosen Kollegen helfen könne. Man kann dem Hauptvorstand gar keinen Vorwurf darüber machen, daß die Unterstützungssätze nicht höher sind, denn jedenfalls wird sich bei einem Beitrag von 50 M im Sommer wohl keine höhere Summe für Unterstützung zahlen lassen. Wollte man eine Arbeitslosenunterstützung einführen, müsse man sich dazu verstehen, sämtliche in unserer Organisation bestehenden Unterstützungen abzuschaffen und nur die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Kollege Hüning erklärt sich für die Vorschläge des Hauptvorstandes und meint, es sei dieses ja erst der Anfang. Er glaube, mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein tüchtiges Agitationsmittel zu haben. Es sprachen noch mehrere Kollegen gegen die Einführung, jedoch läßt sich kein klares Bild über die Stimmung in dieser Filiale geben.

In Cassel erklärten sich die Kollegen in einer sehr schwach besuchten Versammlung im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, doch müßte die Unterstützung eine weit höhere sein, um die Kollegen einigermaßen über Wasser zu halten.

Dresden. Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserer Organisation beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung beider Bahnhallen am 25. November. Kollege Streine referierte über den Wert der Arbeitslosenunterstützung und die Vorlage des Hauptvorstandes. In der lebhaften Debatte sprachen sich u. a. die Kollegen Richter, Andes, Günther, Richter und Moos gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in dem minimalen Umfang, wie vorgeschlagen, aus, während Kollege Böhler dafür sprach. Allgemein war man der Ansicht, daß, bevor nicht das Reglement für die Krankenunterstützung

derart abgeändert wird, daß die darin festgelegten Unterstützungssätze in einem Verhältnis zu der bewilligten Arbeitslosenunterstützung stehen, oder erstere zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung ganz gefallen ist, den von den Kollegen geübten Erwartungen nicht entsprechen werden kann.

In den Mitgliederversammlungen der Filialen Düsseldorf, Warmen, Essen, Bochum, Solingen, Dortmund, Mühlheim und Hernen sprach Kollege Buchelt-Göln über die einzuführende Arbeitslosenunterstützung. In sämtlichen Versammlungen waren Verteidiger der Vorlage nur wenige zu finden. Fast über einstimmend war man der Ansicht, daß die Arbeitslosenunterstützung einzuführen sei, jedoch seien die Vorschläge des Hauptvorstandes unannehmbar, da dies eigentlich keine Unterstützung bedeute. Ein Vorwurf wurde dem Hauptvorstand deshalb gemacht, weil er zwei gleichlautende Vorschläge zur Abstimmung unterbreitet habe und deshalb erwartet, daß der eine Vorschlag höhere Beiträge fordere, um die Unterstützungssätze erhöhen zu können. Ferner, daß wie in Berlin beschlossen die Abstimmung nicht im Sommer, sondern im Winter vorgenommen wird. Zum allermindesten, ganz abgesehen von einigen Paragraphen des Reglements, die unannehmbar seien, wurde ausgeführt, müsse die Unterstützungssumme in der Höhe der zur Anzahlung gelangten Meierunterstützung gleichgestellt werden.

In Eberfeld, wo der Kollege Morig, und in Gellenkirchen, wo der Kollege Runge das einleitende Referat übernommen hatte, scheint die Mehrzahl der Kollegen nach den gemachten Ausführungen für die Vorschläge des Hauptvorstandes stimmen zu wollen.

Die Kollegen von Friedberg haben für die Arbeitslosenunterstützung „nicht die geringste Sympathie übrig“, noch dazu, weil mit der Einführung einer solchen ein höherer Beitrag geleistet werden müßte.

Aus Hamburg erhalten wir von einem Kollegen folgende Zuschrift: „Der schlimmste Feind kämpfender Arbeiter ist der Hunger ihrer arbeitslosen Kameraden.“ Herrn. Wolfenbüttel. Wir stehen vor der Abstimmung über eine der wichtigsten Fragen jedes Gewerkschaftlers, für die sich selbst der Indifferenteste interessiert. Aber in unserer Filiale hat sie noch nicht vermocht, eine tiefgehende Erörterung, einen Meinungsaustausch von größeren Gesichtspunkten aus zu erzeugen, damit sich auch neuere Mitglieder ein Urteil bilden könnten. Und doch könnte kein Thema geeigneter sein, junge Mitglieder in unsere Gedankenwelt einzuführen. Wo aber die Frage angegriffen worden ist, kommen Ansichten zu Tage, daß man glaubt, einen Spießer vor 30 Jahren zu hören. Meinungen, wie „Diejenigen, die das ganze Jahr Arbeit haben, können durch die Arbeitslosenunterstützung in schweren Mangel und würden sich brüden“, sind nicht selten. Von dem berühmten Solidaritätsgefühl organisierter Arbeiter ist da freilich keine Spur zu entdecken; das Wort lebt wohl bloß als hohle Phrase in unseren Zeitungen? Aber wie sind denn unsere Gewerkschaften, unsere Partei und die ganzen Erfolge der modernen Arbeiterbewegung entstanden, wie bestehen sie und wie können sie weiter wirken? Doch nur durch Solidarität! Wenn jeder Einzelne immer bloß seinen eigenen Vorteil im Auge gehabt hätte, wie wäre dies Alles möglich gewesen? Aber auch dieser scheinbare Eigennut ist heute so gewöhnlich falsch, kann morgen eines Andern Vorteil werden und mein Schaden oder besteht doch nur durch die Solidarität der Anderen. — Wie sieht denn z. B. unsere Winterarbeit aus im besten Falle? Das reine Gnadenbrot! Täglich laufen tausende von Not getriebene Kollegen auf Bauten, Arbeitsstellen und in die Wohnungen der Meister und zeigen ihnen stündlich, wie Viele sie haben können statt des Einen. Die Meister werden dadurch frech; die Arbeitenden aber fühlen sich unsicher und gedrückt; das Gnadenbrot ist fertig, knapp aber teuer. Wie lassen sich die Tarife hochhalten? Einen Tarif in Zeiten der Krise oder Geschäftsstockung hochzuhalten, ist auch ein Lohnkampf. Jeder Arbeitende hat dann auf seinem Kopfe zu stehen. Aber der schlimmste Feind kämpfender Arbeiter ist der Hunger ihrer arbeitslosen Kameraden. Er peißt den Glenden nach der Arbeitsstätte hin, die seine Kameraden verlassen haben. Die gefährlichste Lohnrückerei vollzieht sich jetzt fast geräuschlos dadurch, daß den ganzen Tag sich Arbeitslose an den Arbeitsstellen einfinden und förmlich um Arbeit betteln. Da kommt es fast täglich vor, daß besser bezahlte Arbeiter durch billigere ersetzt werden; nicht zu allem Willigen durch solche, die keine Widerstandskraft mehr haben und sich gänzlich abrackern zc. Wo keine Tarife eingegangen werden können, sinken die Durchschnittslöhne, ohne daß jemand ein direkter Lohnabzug gemacht wird. In unserem Verufe steigert sich im Herbst und Winter die Intensivität der Arbeit mitunter ins Unendliche. Darum ist jede Einrichtung, welche das Glend mildert oder das Eintreten des Hungers hinausschiebt, zugleich eine Unterstützung der arbeitenden Kollegen. Der Umstand, daß dann noch mehr als jetzt mit materiellen Gründen agitiert wird und viele Elemente aus reinem Egoismus beitreten werden, wird aber gerade durch Aufbarmachung dieses Egoismus mehr als aufgewogen. Wie viele Prozente unserer jetzigen Mitglieder mögen wohl unter allen Umständen prinzipiell treu sein? Die Ansichten darüber, was ein Verbandskollege tun darf und was nicht, sind sehr verschieden und unterchieden sich manchmal garnicht von denen der „Kollegen ohne Verbandsbücher“. Darnach sind dann auch die Handlungen; denn solchen ist es jetzt Wurst, ob sie ausgeschlossen werden oder nicht. Durch die Arbeitslosenunterstützung würden gerade diese mehr an den Verband gebunden; der Ausschluß wäre ein gefährlicher Schaden für sie und aus Egoismus würden sie gezwungen, sich mehr um ihre Pflichten zu kümmern, mit dem Kopfe uns anzugehören, nicht bloß durch das Buch, denn dies ist das einzige Mittel gegen „bewußte und unbewußte“ Vergehen. Von diesen Gesichtspunkten aus muß die Frage beurteilt werden. Was die anderen Sorgen sind, wegen eventueller Vermehrung der Beamten, daß die Unterstützung nur Dekorationsstück der letzten Generalversammlung sei zc., so müssen diese, so berechtigt sie sein mögen, doch ausgeschlossen werden. Eintretende Uebelstände zu verhüten, oder nur nicht über den Kopf wachsen zu lassen, dazu wird hoffentlich noch genug Demokratie in unseren Reihen sein. Vielleicht erwacht dadurch auch wieder ein regeres geistiges Leben in unserer Organisation. Deshalb, Kollegen, beteiligt Euch Alle, für oder wider, an der Abstimmung und zeigt Euch dieses demokratischen Rechtes würdig.

In der am 1. Dezember im Saalbau Thiele stattgefundenen Mitgliederversammlung nahm die Filiale Mainz Stellung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Referent Kollege Gfingler, warf einen Rückblick auf die Entwicklung der Unterstützungsanstalten in unserer Organisation und kam auf dem Antrag des Hauptvorstandes zu sprechen, den er erklärte und begründete. Nur hielt er die 14tägige Karenzzeit für eine zu harte, wodurch einem Teil Kollegen die Unterstützung verweigert ginge. Wenn auch der Vorschlag des H. V. nicht jedem Kollegen in allen Teilen zusage, so sollte man doch bedenken, daß dieser den Verhältnissen entsprechend, der praktischste und am leichtesten zu verwirklichen sei. Alle anderen Vorschläge seien gut ausgedacht, aber durchaus unpraktisch und unannehmbar. Die Arbeitslosenunterstützung müsse erst nach und nach ausgebaut werden, um den meisten Wünschen dann Rechnung zu tragen. Man solle alle kleinsten, unsachlichen Bedenken schwinden lassen und sich nur von dem großen Standpunkt der Menschlichkeit und des Solidaritätsgefühls in seiner wahren Auffassung leiten lassen. Nicht allein aus dem Bestreben, Glend zu mildern und vorzubeugen, sondern auch aus tatsächlichen Gründen müsse jeder organisierte Kollege die Arbeitslosenunterstützung begrüßen. Kollege Reichert als Korreferent legte seinen Ausführungen die Berichte des Reichsstatistischen Amtes zu Grunde und betonte, wenn in den befragten 42 Organisationen mit meistens stabilen Betrieben, solche Arbeitslosigkeit herrsche, es unmöglich erscheine, für das Baugewerbe heute schon die Arbeitslosenunterstützung noch stärker sei, als bei den Maurern, deren Organisation doch weit stärker sei, als die unterige, so müsse er in einem Erfolge für uns zweifeln. Besondere Berücksichtigungen der süddeutschen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwingen ihn, heute noch als Gegner der Arbeitslosenunterstützung aufzutreten, nicht als prinzipieller Gegner an sich, sondern er müßte die Einführung derselben als für die süddeutschen Verhältnisse als verfrüht betrachten. Kollege Reichert schloß seine Ausführungen an die Kollegen gegen die Arbeitslosenunterstützung zu stimmen. Nach den beiden Referaten trat die Versammlung in eine Diskussion ein, die sich sehr lebhaft entwickelte, sämtliche Redner sprachen gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit mehr oder minder sachlichen Gründen. Am meisten wurde die §§ 3 und 7 des Reglements bemängelt. Wenn auch die Mehrzahl prinzipiell für die Arbeitslosenunterstützung waren, so war im allgemeinen die Befürchtung über die Beitragserhöhung, bei der Beurteilung des Vorschlages, maßgebend. Arbeitslosenunterstützung ist gut — aber nur keine erhöhten Beiträge. Folgende Resolution Reichert wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Vorschlag des H. V., betr. der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Gewerbe. Nicht als prinzipielle Gegner derselben sehen sie diese als für die süddeutschen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurzeit noch als verfrüht an.“

Die Filiale Regensburg beschäftigte sich in ihrer am 5. Dezember abgehaltenen Monatsversammlung hauptsächlich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und wird jedenfalls im Prinzip für die Einführung stimmen. Bezüglich der beiden Vorschläge des Hauptvorstandes ist die Filiale der Ansicht, daß dieselben einer gründlichen Vnderung bedürfen, und sind die Mitglieder der Hoffnung, daß der Hauptvorstand den Wünschen der Mitglieder auch Rechnung tragen wird. Entschieden ist die Filiale der Meinung, daß man einer derartigen Zumutung, wie es im Reglement Abs. 7 vorgeschlagen wird, niemals seine Zustimmung geben kann. Auch ist die extra 14tägige Karenzzeit neben der schon zweijährigen eine zu große Härte. Hoffentlich wird die kommende Generalversammlung zu den beiden Vorschlägen noch ein entscheidendes Wort sprechen.

In Stuttgart nahmen die Kollegen am 30. Nov. Stellung zur Frage der Arbeitslosenunterstützung und zu den Vorschlägen des Vorstandes. Nach einem Referat des Kollegen Hub, der auf Grund der seitherigen günstigen Entwicklung unserer Vereinigung, die wir zum größten Teil der Einführung von Unterstützungsanstalten zuzuschreiben hätten, entschieden für den Vorschlag 2 des Vorstandes — an welchem Verbesserungen, so weit sie auf Grund der heute vorhandenen dürftigen Unterlagen möglich seien, durch die nächste Generalversammlung noch vorgenommen werden könnten — eintrat, sprachen sich die Kollegen Böhler und Waldmann trotz mancher Bedenken für denselben aus. Die Diskussion soll in der nächsten Versammlung am 6. Dezember weitergeführt werden.

Wiesbaden. In der am 18. November stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Gerhold über „Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Vorschläge des Hauptvorstandes“, und stellte es den Kollegen anheim, sich für einen von den Vorschlägen vom 13. Dezember zu entscheiden. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß es ein verfrühtes Experiment sei, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Es sei notwendig, bevor man neue Unterstützungsanstalten einführt, dieselben event. noch weiter ausbaut, mehr Rücksicht auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den einzelnen Orten zu nehmen. Andererseits wurde hervorgehoben, daß mit den Vorschlägen von 80 M und 1 M nach 14tägiger Karenzzeit nichts getan sei und eine Erhöhung der Beiträge vorläufig nicht möglich wäre. Die Kollegen in den Bahnhallen sind der Meinung, daß sie keine Arbeitslosenunterstützung gebrauchen, weil sie im Winter im Wald arbeiten usw., wo sie immer noch mehr verdienen, als wenn sie Arbeitslosenunterstützung beziehen würden. Die zweijährige Karenzzeit sei viel zu lang, dadurch würden uns viele Kollegen den Rücken kehren, so ungefähr waren die Meinungen in der Versammlung. Die allgemeine Stimmung ist mit einzelnen Ausnahmen bei den Malern gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Für die bisherigen Unterstützungsanstalten ist man allgemein und wünscht, daß dieselben bleiben.

„Nichts gelernt und alles vergessen“, das wäre auch ein passendes Motto für die „Stimmen“, die sich nun in letzter Stunde gegen die Arbeitslosenunterstützung vernehmen lassen bezw. gegen den Vorschlag des Vorstandes.

Sicher ist zwar, daß die Vorschläge des Vorstandes nach den außerordentlich langwierigen Verhandlungen, die in dieser Sache geführt wurden, allgemein enttäuscht haben, nicht deshalb, weil entsprechend der geforderten Beitragserhöhung zu wenig geboten wird, vielmehr weil der Vorstand sichtbar allzugroße Voracht hat walten lassen nach der finanziellen Seite. Wir sagen „scheitbar“, denn wer es ehrlich mit der Organisation meint, der wird bei ruhiger Ueberlegung diese Voracht nur gut heißen können. Ein Scheitern nur gibt mehr als er hat! Wenn auf dem Verbandstag des Arbeitgebers in Stuttgart vor wenigen Tagen ein Herr Müller aus Cassel seine Erfahrungen dahin zum Besten gab, daß Ausschüßungen nur dann künstlich einen Zweck haben dürften, wenn anstatt eines einzelnen Ortes ganze Provinzen von diesem Gewaltmittel

Sicher ist zwar, daß die Vorschläge des Vorstandes nach den außerordentlich langwierigen Verhandlungen, die in dieser Sache geführt wurden, allgemein enttäuscht haben, nicht deshalb, weil entsprechend der geforderten Beitragserhöhung zu wenig geboten wird, vielmehr weil der Vorstand sichtbar allzugroße Voracht hat walten lassen nach der finanziellen Seite. Wir sagen „scheitbar“, denn wer es ehrlich mit der Organisation meint, der wird bei ruhiger Ueberlegung diese Voracht nur gut heißen können. Ein Scheitern nur gibt mehr als er hat! Wenn auf dem Verbandstag des Arbeitgebers in Stuttgart vor wenigen Tagen ein Herr Müller aus Cassel seine Erfahrungen dahin zum Besten gab, daß Ausschüßungen nur dann künstlich einen Zweck haben dürften, wenn anstatt eines einzelnen Ortes ganze Provinzen von diesem Gewaltmittel

Gebrauch machten, so haben wir alle Ursache, unser Pulver trocken zu halten und uns nicht allzuleich in finanzielle Experimente einzulassen, als welches wir trotz aller Berechnungen den ersten Schritt auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung betrachten müssen. In dieser Tatsache kann auch dadurch nichts geändert werden, daß man die Bemessung der Beiträge und Unterstützungssätze mit der Beschäftigung der nächsten Generalversammlung zu überweisen nicht durch sogenannte „prinzipielle“ Zustimmung und Ablehnung der Vorstandsvorschläge. Die zehnte wird genau so wie die neunte Generalversammlung sich der Unmöglichkeit gegenüber sehen, irgend welche absolut zureichende Berechnungen anstellen zu können, selbst dann, wenn noch weitere Erhebungen über den Umfang, die Dauer usw. der bei uns herrschenden Arbeitslosigkeit vorgenommen würden.

Weshalb denn dieses plötzliche Kopfschmerben vor einer Tatsache, über die man sich seit geraumer Zeit doch klar geworden ist? Es wurde bei jeder Gelegenheit betont, daß es ein außerordentlich schwieriges Problem ist, das zu verwirklichen wir seit Jahren bestritten sind; dementsprechend bedarf es auch Zeit zu einer vollkommenen Lösung. Wir können unmöglich mit einem Schlage Versäumtes nachholen, wozu andere Organisationen, welche noch mit günstigeren Verhältnissen rechnen konnten, Fahrzeuge gebraucht haben. Ungebuß und blinder Eifer führt auch hier am allerwenigsten zum Ziel; soll aber, wie das wiederholt und allgemein zum Ausdruck gebracht wurde, die Arbeitslosenunterstützung kommen, so müßte es als unverantwortlich bezeichnet werden, wollte man die Frage nochmals auf die lange Bank schieben. Solange wir nicht die nötigen praktischen Erfahrungen gesammelt haben, die für einen befriedigenden Ausbau dieses Unterstützungsweiges nun einmal notwendige Voraussetzungen sind, werden wir auch zu jeder späteren Zeit und Gelegenheit die Wichtigkeit des Wortes anerkennen müssen: Aller Anfang ist schwer!

Aus unserem Berufe.

Der Arbeitsmarkt im Oktober zeigt für unseren Beruf schon die beginnende Winterfaison. Mit Ausnahme von Berlin, wo 1311 Arbeitstenden 1612 offene Stellen gegenüberstanden, weisen alle übrigen berichtenden Arbeitsnachweise einen Rückgang der offenen Stellen auf. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hatten für die Facharbeitsnachweise der Maler gegenüber September die Arbeitsgelegenheit eine Abnahme von 490, die offenen Stellen eine Abnahme von 1689.

Wie scharf die Arbeitslosigkeit schon im Oktober einsetzt, geht z. B. aus der von unserer Hamburger Filiale monatlich durchgeführten Statistik deutlich hervor. Die Statistik umfaßt die Zeit vom 5.—31. Okt. d. J.

Beruf	Mitgliederzahl	Anzahl der Befragten	Arbeitslos waren	Ausgefallene Arbeitstage wegen			Summe
				Arbeitsmangel	Mittlerung	Krankheit	
Maler	1290	1071	443	4469	25	405 1/2	4899 1/2
Lackierer	85	75	5	34	—	14	48

In Orten, wo unsere Kollegen nicht oder in nur geringer Zahl organisiert sind, werden wir stets finden, wie erbärmlich es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen bestellt ist. Nach einer Zuschrift aus Weimar finden wir dies wieder sehr deutlich bestätigt. Von den anwesenden Kollegen sind ca. 70 pct. nicht organisiert, tarifliche Bestimmungen werden nicht eingehalten, weil die Indifferenten sich alles bieten lassen; kein zureichender Kollege kann sich hier halten, denn es werden noch Stundenlöhne von unter 30 J. bezahlt, 38 J. nur in wenigen Ausnahmefällen als Höchstlohn. Trotz solcher beklagenswerten Zustände haben die organisierten Kollegen nicht den Mut verloren, sie werden vielmehr alle Kräfte daransetzen, Aufklärung in die gleichgültig dahinlebende Masse zu bringen und die Filiale zu stärken. Die Einführung der Hauskassierung soll in erster Linie dann in Betracht kommen.

In Frankfurt a. D. finden wir das gleiche Bild. Der Durchschnittslohn für Maler in dieser Stadt mit teuren Lebensverhältnissen beträgt ca. 30 J. Man kann es kaum für möglich halten, wie es verheirateten Kollegen gelingt, sich einigermaßen über Wasser zu halten und dennoch gelang es noch nicht, die Masse der Frankfurter Kollegen aus ihrer zur Verwilderung führenden Gleichgültigkeit aufzurütteln, ihnen begreiflich zu machen, wie nur durch ihr eigenes Verhalten solche traurige Erwerbsverhältnisse überhand nehmen konnten. Während in vielen Städten unsere Kollegen den Weg zur Organisation fanden, diesen Weg richtig weiterzuschritten und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den gesteigerten Ansprüchen gemäß verbesserten, finden wir hier eine Stagnation, unter deren unheilvollen Einfluß die dortige Kollegenchaft schwer leidet. Die Malermeister in Frankfurt a. D. haben den Wert des Zusammenschlusses wohl kennen gelernt, unsere Kollegen dagegen müssen wohl erst durch den Hungerriemen auf ihre verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit hingewiesen werden. Im Juli dieses Jahres hat unsere Vereinigung erst wieder Fuß fassen können, die Filiale zählt 60 Mitglieder. Selbstverständlich ist unsere Organisation der Forderung ein Dorn im Auge, was schon daraus hervorgeht, daß rückständige Forderungen die jegliche ungenügende Zeit benutzen und vor allem solche Gehilfen aus Mitleid werfen, welche organisiert sind. Das zeigt deutlich, von welchem Geiste diese Kreise beherrscht werden, mag auch ab und zu einmal ein weiser Rabe betonen: „Wir freuen uns, wenn auch unsere Gehilfen ihre Interessen wahrnehmen und sich organisieren.“ Hier heißt es, wie stets und überall: Soll es endlich einmal vorwärts gehen, will die gesamte Frankfurter Kollegenchaft nicht länger mehr sich wehrlos unterdrücken lassen, dann muß sie auf sich selbst vertrauen. Kein Gott kann helfen, wenn sich unsere Kollegen nicht selbst helfen. Die Organisation ist die einzige Stütze, auf welche sich jeder verlassen kann. Der gemeinsame Druck, die elenden Erwerbsverhältnisse, unter welchen alle gleich zu leiden haben, muß auch unter denkenden Menschen dahin führen, das Zusammengehörigkeitsgefühl mächtig zu stärken und die Notwendigkeit einer guten Organisation allen vor Augen zu führen. Erst dann werden unsere Kollegen wieder ihr Selbstbewußtsein finden, im Vertrauen auf die Organisation ihre Stärke kennen lernen und so an die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herantreten können.

Der Sammlungs-Berichte.

Danzig. Der brutale Durchbruch, welchen die Synnung im Jahre 1901 an unserem Tarif von 1900 be-

ging, hat der Danziger Kollegenchaft Veranlassung gegeben, sich immer mehr und mehr unserer Mitleide anzuschließen. Auf welche Art und Weise die Arbeitgeber es verstanden haben, den Tarif zu durchbrechen, beweist folgende in diesem Sommer angenommene Statistik, an der sich 154 Kollegen aus 29 Werkstätten beteiligten, wovon 120 organisiert waren. Die Arbeitszeit betrug in einer Werkstätte 9 Stunden, in einer 9 1/2, in 25: 10 Std., in drei 10 1/2—11 Stunden und bei der Firma Schichau 10—14 Stunden täglich. Die Frühstückszeiten betragen bis auf eine Werkstätte je 1/2 Stunde. Selbst die Mittagspause ist in verschiedenen Werkstätten eine unregelmäßige. Es wurden in 3 Betrieben je 1 Std., in 25 je 1 1/2 und in 1 Werkstätte 1 1/2 Stunde nachgewiesen. Die Stundenlöhne zeigen ein derartig verzerrtes Verhältnis, daß ihre Wiedergabe wohl das Interessanteste aus der Statistik ist. So erhielten 4 Kollegen einen Stundenlohn von 23 bis 28 1/2 J., 5 Kollegen 30 J., 3 Kollegen 32 J., 13 Kollegen 35 J., 9 Kollegen 36 J., 2 Kollegen 36 1/2 J., 3 Kollegen 37 J., 34 Kollegen 38 J., 1 Kollege 39 1/2 J. und 84 Kollegen 40—50 J.; unter diesen 84 sind es aber nur ganz vereinzelte, die 45—50 J. pro Stunde erhalten, meist ältere, in der Werkstätte schon jahrelang tätige Kollegen. Der Durchschnittslohn betrug demnach pro Stunde kaum 39 J.; der Durchschnittstageslohn 3.89 M. pro Kopf. Also ist der Minimallohn von 40 J. pro Stunde zum Teufel. Für Nacht- und Sonntagsarbeit haben nur noch 17 Kollegen einen Aufschlag von 4 bis 20 J. pro Stunde erhalten. Akkordarbeit wurde von 9 Kollegen ausgeführt und haben dieselben im letztverwichenen Jahre zusammen 252 Wochen gearbeitet; vornehmlich ist dieses System bei der Schiffbaufirma Schichau zu Hause.

Auch haben wir, ähnlich wie die Dresdener Kollegen, eine Statistik über Wohnungsverhältnisse usw. aufgenommen; der Durchschnittspreis der Mieten betrug danach 15.83 Mark. 44 Kollegen bewohnten je ein Zimmer, 43 Kollegen je zwei Zimmer, 1 Kollege drei Zimmer mit Zubehör; die übrigen waren in Kost und Logis. Die Preise für letzteres schwanken zwischen 9 und 13 M.; Durchschnitt 11 M. Nicht ein einziger der verheirateten war nach der Statistik in der Lage, seine Kinder eine bessere Schulbildung genießen zu lassen; dieselben sind somit alle auf das „Volkspantinen-Gymnasium“ angewiesen.

Die Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter weist hier wiederum schreckenerregende Zahlen auf. 124 an dieser Statistik beteiligte Kollegen haben 1138 1/2 Wochen mit diesem Uebel kämpfen müssen. Das macht auf den Durchschnitt pro Kopf 55 Tage aus.

Es muß hierzu noch bemerkt werden, daß sich an dieser Statistik zum größten Teil leider nur die besseren Kräfte beteiligt haben. Ferner muß erwähnt werden, daß die Angaben von den beteiligten Kollegen zum Teil noch sehr rosig angehaucht erscheinen. Gerade bezüglich der Stundenlöhne muß bei nächsten Aufnahmen mehr korrekter und ehrlicher verfahren werden; daß sich selbst in die Tascheln gehen muß unter allen Umständen aufhören. Auch mit all den anderen Angaben kann der Vorstand sich noch nicht ganz zufrieden geben. Also hier fordern wir unbedingte Besserung!

Nachdem dieses Material bearbeitet und in einer entsprechenden Veranlassung bekanntgegeben und beraten war, hatten wir einige Erfolge zu verzeichnen. Die Kollegen kommen immer mehr zur Ueberzeugung, daß ohne Organisation diese Uebelstände nicht zu beseitigen sind. Auf Grund dieses gesammelten Materials wurde in einer späteren Mitgliederversammlung der Gehilfenausschuß beauftragt, bei der hiesigen Synnung dahingehend vorzutreten zu werden, daß der Tarif von 1900 wieder in vollem Umfange in Kraft treten soll. Von Seiten des Gehilfenausschusses wurden entsprechende Schritte getan und erwiderte es den Anschein, als ob die Synnung besserer Einsicht geworden und auf friedlichem Wege eine Einigung mit uns herbeiführen wollte. Wir hatten aber die Rechnung ohne die Synnung gemacht. Dieselbe wählte eine Lohnkommission und diese lud den Gehilfenausschuß zu einer Sitzung ein, in welcher diesem klar gemacht wurde, daß, wenn er im Auftrage der Zentralorganisation käme, sie mit demselben nicht unterhandeln könnten. Wenn der Ausschuß aber im Auftrage der „Gehilfen-Brüderschaft“ käme, dann würde zu jeder Zeit mit ihm unterhandelt werden. In einer am 15. November ds. Jz., sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung nahmen die Kollegen zu diesem Antrage Stellung. Nachdem Kollege Völkner eingehend den Wert bezw. den Unwert der von der Synnung gestellten Forderung eingehend erläutert hatte, wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige im Lokale des Herrn Steppuhn in Schloß-Danziger Birgergarten tagende öffentliche Versammlung der Malergehilfen und Anstreicher Danzigs und Umgegend erklärt hiermit nach dem Bericht des Gehilfen-Ausschusses folgendes:

1. Die Brüderchaft können wir als die Vertreterin unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen deshalb nicht anerkennen, weil dieselbe in dieser Beziehung ein veraltetes und machtloses Faktum ist und unseren modernen Anschauungen nicht genügt.

2. Die Zentralorganisation der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands bezw. die Filiale Danzig dieser Organisation wird von uns einzig und allein als der berechnete Faktor für die Vertretung im Lohn- und Arbeitsverhältnis anerkannt.

Der Gehilfenausschuß, welcher unser gesetzlicher Vertreter ist, wird hiermit beauftragt, nochmals zu versuchen, mit der Synnung diesbezüglich in Verhandlung zu treten, um auf gutlichem Wege eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen.

Durch die Annahme dieser Resolution hat die Kollegenchaft bewiesen, daß sie sich voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stellt, es ist jetzt die Aufgabe jedes einzelnen Kollegen, für den Ausbau seiner Filiale Sorge zu tragen. Mit der 17fachen Lohnzahlung und den anderen miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnissen muß endlich einmal endgültig ausgeräumt werden.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— In Crimmitschau kämpfen die Behörden den Verzweigungskampf für das Unternehmertum!

Seit zwei Tagen sind alle Versammlungen verboten! Die öffentlichen Versammlungen sind verboten, die nichtöffentlichen sind verboten, die Volksversammlungen, die Vereinsversammlungen, die Fabrikzusammenkünfte sind verboten!

Unzulässig dürfen nicht stattfinden!
Alle Landvergnüger sind untersagt!
Die Behörden begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf angebliche Volksaufstände; auf den Straßen aber bewegen sich in Massen nur Polizei und Gendarmen!
Die Behörden berufen sich auf angebliche Verstöße gegen den § 153 der Gewerbeordnung; nie wurde ein solcher

Misverständnis in größerer Ruhe, mit mehr Würde geführt als bei in Crimmitschau!

Erbarungslos gemacht durch den wütenden Haß gegen die Organisation, warf der Crimmitschauer Sozialismus über 700 brave Männer und Frauen auf die Straße, um sie durch Hunger auf die Knie zu zwingen.

Den Hunger im eigenen Leibe, das Weh im Herzen über das Elend ihrer Kinder standen die Familien dennoch aufrecht, unbeneidet, und wichen keinen Schritt im Kampfe. Ihre Versammlungen wurden ihnen untersagt, das Streikpostenleben wurde ihnen unmöglich gemacht, auf ihre Führer ließ man, weil sie Flugblätter unterdrücken hatten, den § 153 der Gewerbeordnung los.

Die Fabrikanten machten aus dem Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit einen Klassenkampf; die Behörden wandelten durch ihr Vorgehen den wirtschaftlichen Kampf um in einen politischen!

Die Geschlichkeit der Zehnstundenkämpfer brachte beide zur Verzweiflung!

Arbeiter Deutschlands!
Zeit zwei Tagen hat das öffentliche Leben in Crimmitschau aufgehört. Wenn auch nicht formell, herrscht doch tatsächlich der Belagerungszustand.

Kein ermutigendes Wort kann mehr zu den Streikenden gesprochen werden; füll liegen die Straßen da, auf denen nur die Schritte der Polizei widerhallen und die Waffen klirren, die zum Leidwesen des Kapitals nichts zu tun bekommen.

Die Behörden kämpfen den Verzweigungskampf für das Unternehmertum. Arbeiter! Verlaßt eure Brüder nicht!

Briefkasten.

Hannover II. B. u. S. Die Filiale hat statutarisch vorzugehen und sich vorerst an den Ausschuß zu wenden.

An die Filialen des Agitationsbezirks Hessen und Hessen-Rhain!

Die Umfrage bezüglich der Abhaltung eines Provinzialtages hat ergeben, daß von 12 Filialen bis jetzt neun für die Abhaltung sind. Von zwei Filialen fehlt das Resultat noch und nur eine Filiale war gegen die Abhaltung.

Auf Grund dieses Ergebnisses beruft die Agitationskommission den Provinzialtag auf Sonntag den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, in das Lokal von Jakob Thiele, Mainz, Strand 17, ein.

Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Agitationskommission; 2. Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung bezüglich Agitation und Organisation; 3. Taktik der Lohnbewegungen; 4. Anträge, soweit sie durch die obigen Punkte nicht erledigt sind; 5. Verschiedenes.

Wir erlauben nunmehr die Filialen, in ihren nächsten Mitgliederversammlungen Stellung zu obiger Tagesordnung zu nehmen. Anträge der Filialen sind bis spätestens 25. Januar an den Unterzeichneten einzusenden.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach den Bestimmungen des Statuts, Abschnitt Agitation, Absatz 8. Alles Nähere geht den Filialen noch per Birkular zu.

Die Agitationskommission.
S. A.: Jos. Zimmermann.
Frankfurt a. M., Stolzestraße 15 II.

Zur Beachtung! In Weimar wird von jetzt ab die Reiseunterstützung durch Kollegen Herrn Gademann, Innere Erfurterstr. 16, ausbezahlt.

In Bwickau zahlt die Reiseunterstützung aus Kollege Max Grimm, Verdauerstr. 37 p., nicht Nr. 5.

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Hiermit unterbreiten wir den Mitgliedern unserer Vereinigung den mit den vier ausländischen Berufsorganisationen abgeschlossenen Kartellvertrag:

Kartellvertrag.

1. Den Mitgliedern nachbenannter Organisationen werden beim Uebertritt von der einen in die andere Organisation die bereits erworbenen Rechte der Mitgliedschaft in Anrechnung gebracht.

2. Das Unrecht auf die fortlaufende Mitgliedschaft verliert, wer nicht bis zum Tage der Abmeldung seine Beiträge bezahlt, sich nicht vorschriftsmäßig abgemeldet und innerhalb vier Wochen, vom Tage der Abmeldung an gerechnet, sich angemeldet hat.

3. Die Mitglieder der dem Kartell angehörenden Organisationen erlangen beim Uebertritt diejenigen Rechte auf Unterstützung, welche in den jeweiligen Statuten auf Grund der Zugehörigkeit zur Organisation sich ergeben, jedoch werden beim Uebertritt die Anrechte auf Unterstützung auch bei älteren Mitgliedern nur vom 1. April 1901 an gerechnet. Die bereits in einer Organisation erhaltene Unterstützung kann beim Uebertritt in der anderen Organisation mit in Anrechnung gebracht werden.

Dieser Vertrag hat so lange Gültigkeit, bis von der einen oder anderen Organisation Anträge auf Lösung desselben gestellt werden, was jedoch nur durch die jeweiligen Generalversammlungen geschehen kann.

Vereinigung der Maler usw. Deutschlands.
S. A.: H. B. Tabler.
Verband der Maler usw. Oesterreichs.
S. A.: Fr. Zehetmeier.
Malerforbundet i Danmark.
S. A.: Rudolf Poulsen.
Central-Verband der Maler, Lackierer und Vergolder der Schweiz.
S. A.: B. Straube.

Die Filialverwaltungen werden nunmehr ersucht, da, wo sich Mitglieder der dänischen und schweizerischen Organisation zum Uebertritt melden, die Mitgliedsbücher der Hauptverwaltung einzusenden zu wollen.

Bei den Mitgliedern der österreichischen Organisation, wo dieselbe Art und Form der einjährigen und der vierjährigen Mitgliedsbücher wie in unserer Vereinigung besteht, können die Beitragsmarken weiter geklebt werden. Also eine Auswechslung der Mitgliedsbücher ist in diesem Falle nicht nötig, jedoch sind zwecks Meldung bei der Hauptverwaltung die vierjährigen Bücher einzusenden.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassse vom 1. bis 7. Dezember 1903.
Eingeliefert wurden: Rattowitz 80.—, Dresden 500.—, Leipzig 800.—, Berchtesgaden 99.90 M.

Material wurde verfaßt:
 B. = Beitragsmarken, P. = Protokolle, K. = Kalender.
 Berichtsgaben 5 P., Berlin I 10 000 B. a 15 S.,
 Bremerhaven 15 P., Breslau 2000 B. a 15 S., Chemnitz
 35 S., Colmar 30 S., Darmstadt 35 S., Duisburg 400 B.
 a 15 S., Hannover II 30 S., Linde 800 B. a 15 S., 15 S.;
 Mannheim 15 S., Nürnberg I 200 B. a 40 S., 10 S.;
 Potsdam 600 B. a 15 S., Ruhl 200 B. a 15 S., 8 S.;
 Speyer 100 B. a 15 S., Rostock 200 B. a 40 S.

Für ausgezahlte Krankenunterstützung gingen Scheine
 ein vom 20. Oktober bis 21. November:
 Altona 128.20, Bergedorf 24.70, Berlin I 10.40,
 Berlin II 126.60, Bielefeld 3.50, Braunschweig 50.75,
 Bremerhaven 11.—, Breslau 22.50, Burg 39.—, Chemnitz
 26.85, Coblenz 10.20, Danzig 20.25, Darmstadt 65.60, Deub
 18.20, Dresden 168.55, Eberswalde 4.20, Eichwege 8.—,
 Flensburg 13.—, Forst 3.—, Frankfurt a. M. 108.95, Frei-
 berg 2.60, Gmünd 4.50, Greifswald 12.50, Hamburg 104.95,
 Hannover I 88.75, Heidelberg 6.50, Kiel 38.15, Königs-
 hütte 31.—, Leipzig 7.15, Ludwigshafen 4.90, Magdeburg
 43.75, Mainz 21.9.—, Neumünster 10.20, Nollwies 28.80,

Potsdam 6.50, Regensburg 28.20, Rixdorf 43.70, Stettin
 32.70, Thorn 5.50, Wegeack 7.80, Weichau 6.—, Wibel
 15.70, Wiesbaden 42.50, Zabrze 2.— M.; in Summa
 1656.80 M.
 Für ausgezahlte Sterbenunterstützung gingen Scheine
 ein vom 20. Oktober bis 21. November:
 Aue 10.—, Brandenburg 10.—, Braunschweig 15.—,
 Breslau 10.—, Chemnitz 15.—, Danzig 20.—, Dresden
 10.—, Hamburg 15.—, Magdeburg 10.—, Meerane 10.—,
 Offenbach 10.—, Pögnitz 10.—, Regensburg 25.—, Stettin
 10.—, Wiesbaden 25.— M.; in Summa 205 M.
 S. Wenzler, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse
 der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**

(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)
 Bericht des Hauptkassierers vom 20. Nov. bis 5. Dez. 1903.
 Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden
 eingesandt von Steinmeyer-Braunschweig M. 400.—,
 Siebert-Erfurt 200.—, Rosenbaum-Dagen i. W. 300.—,
 Stingl-Ansbach 50.—, Tullies-Königsberg i. Pr. 100.—.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden ab-
 gegeben an Thoma-Mundenheim M. 50.—, Reichel-Eisenach
 60.—, Alberg-Cöln a. Rh. 200.—, Winkler-Heidelberg 100.—,
 Tornow-Berlin O. 400.—, Schaeffer-Berchönewalde 25.—,
 Laur-Eisenbach a. M. 50.—, Rudolph-Hamm i. W. 20.—,
 Härtl-Regensburg 100.—.
 Kranfengelder erhielten Buch Nr. 18544 H. Lingl in
 Oranienburg M. 19.35, Buch Nr. 6712 E. Scheffler in
 Großehain 21.50, Buch Nr. 13626 H. Hellmuth in Pögnitz
 23.65, Buch Nr. 14883 C. Wollbrandt in Nendsburg 17.20,
 Buch Nr. 11000 C. Dürthardt in Almenau 30.10, Buch Nr.
 19181 S. Fischer in Neuwedel 17.20, Buch Nr. 17453 F.
 Schlangat in Rheydt 19.35, Buch Nr. 3872 E. Cich in
 Stettin 12.90, Buch Nr. 13306 B. Warnte in Ribnitz i. W.
 12.90, Buch Nr. 9165 S. Freitag in Grevesmühlen i. W.
 17.20.

Sterbegeld wurde gezahlt für Buch Nr. 9165 S. Freitag
 in Grevesmühlen i. W. M. 110.—.

Das neue Statut ist von den Behörden genehmigt
 worden und tritt am 1. Januar 1904 in Kraft und wird
 bis zu diesem Tage den örtlichen Verwaltungen überliefert.
 J. S. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.
 Unterricht in
Holz- und Marmoralein
 erteilt **A. Christen**, Hohenfelde
 Iflandstrasse 67, Haus 2, III.
 Abend- u. Tageskurse, I. M. 25 monatl.

Restaurant „Sondermann“
 Hamburg-St. Georg, Stiftstr. 52.
 Verkehrslokal der Vereinigung der Maler.
 Zahlstelle der Zentralkranken-Kasse.
 Bürgerlicher Mittagstisch von 12—2 Uhr
 und Abends von 6—8 Uhr.

Meine neueste gesetzmäßig geschützte
Trockenrauch-Pfeife
 Rhenania No. 192 ist die gross-
 artigste Erfindung der Neuzeit.
 Der untere Teil des Kopfes
 (Zapfen) ist 23 mm. weit ausge-
 bohrt und mit einem Rost ver-
 sehen. Ferner ist der Zapfen
 mit Blech ausgeschlagen, sodass
 der sich ansammelnde Pfeifen-
 schmutz leicht abwaschbar ist und
 keinen Geruch hinterlässt. Im
 Rohr ist ein Aluminium-Spindel-
 längen. Die Pfeife schmeckt
 daher stets kühl
 bleibt fast trocken
 u. vollständig geruch-
 los. Verstopfung
 ausgeschlossen.
 Kopf u. Abguss sind
 prachtvoll geschnitten
 und bestehen aus
 feinstem Brüyere
 Holz, echt Walnuss-
 roh, ja Kernpflze.
 Alle Teile sind aus-
 serst weit gehend
 Die Pfeife wird
 wegen der hübschen
 Form und hervor-
 ragenden Güte sehr
 gelobt u. viel nach-
 Rastmesser, Portemonnaie u. s. w. gratis und franco.
 Westdeutsches Rudolf Aretz, Köln a. Rh. No. 122
 Verandhaus Rosenstrasse 45.



Bestes und praktisches Weihnachtsgeschenk!
Neu! Unentbehrlich für Jedermann! Neu!
Elektrische Taschen-Lampe

mit 5000 Entzündungen,
 unentbehrlich für Militär (Patrouillen), Radfahrer,
 Ärzte, Briefboten, Arbeiter u. c.
 3 1/2 Volt.
 Damit Jeder in der Lage ist, diese praktische Lampe sich
 anzulegen, verkaufe ich dieselbe zu dem **Ausnahme-**
Preise von Mk. 1.40 (Ersatz-Batterie 50 Pfg.)
 Bei Bestellung von 12 Stück 1 Stück gratis.
Gratis versende ich meinen jetzt neu erschienenen
 Prachtkatalog über optische Instrumente,
 Telephone, Gauckelegraphen, Elektrische Apparate, elektr.
 und mechanische Spielwaren, sämtliche Solinger Stahl-
 waren, Waffen, Gold, Silber, Lederwaren, Haus-
 haltungsartikel, Waisen, Zigarettenpfeifen, Schirme,
 Hosenträger, Gürtel, Puppen, Musikwaren usw. usw.
 Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Weltversandhaus Walter Kirberg
 Foche 74, bei Solingen.

Wir empfehlen den **Illustrierten deutschen**
Maler-Kalender für 1904
 Herausgegeben von **Ludwig Reisberger**, Redakteur der „Mappe“ und der
 „Deutschen Maler-Zeitung“.

Der neue Kalender ist in wesentlich erweiterter Form herausgekommen. Die Tech-
 nischen Notizen sind vermehrt worden, der Raum zum Einschreiben bedeutend vergrößert
 und die gewerbezugsrechtlichen Notizen sind sehr reichhaltig. Um durch diese Vergrößerung
 des Kalenders seinen Charakter als Taschenbuch nicht zu beeinflussen, wird demselben
 wiederum ein eigenes Heftchen gratis beigegeben, in welchem sich die Arbeitspreise der
 verschiedenen Städte, Lohn- und Arbeitstarife, sowie die Stundenlöhntabelle befindet.

Unser Maler-Kalender hat sich die zwölf Jahre seines Bestehens als Notiz-, Nachschlage-
 und Einschreibebuch für den täglichen praktischen Gebrauch bei Tausenden von Malern
 auf das beste bewährt. Wir setzen die bestimmte Hoffnung auf den diesmaligen Kalender,
 dass er nicht nur des bisherigen Vertrauens sich würdig erweise, sondern die Erwartungen
 noch übertreffe und dass die vorgenommenen Verbesserungen bei den Käufern desselben
 allgemeinen Anklang finden.

Die Zusendung erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages von **Mk. 2.20**
 in Briefmarken oder Postanweisung (für Oesterreich Kr. 2.60 und für die Schweiz Fr. 2.90).
 Bei Nachnahme betragen die Spesen 30 Pfg., nach dem Auslande 60 Pfg. ohne Porto, die
 der Besteller zu tragen hat, weshalb wir von Nachnahme-Bestellung abraten, weil dadurch
 der Kalender zu sehr verteuert wird. Versendung nach dem Auslande nur gegen Vorausbe-
 zahlung. — Innungen und Vereine erhalten bei Partienbezug Preisermässigung. — Bestellungen
 werden umgehend erbeten.

Georg D. W. Callwey, Verlagsbuchhandlung,
 München, Bayerstrasse 67.

Ganz hervorragend praktisch
Neu! Modernes Schablonenwerk Neu!

zur Decken- und Wandmalerei und für jeden Raum passend. In Naturalistisch, Renaissance,
 Baroc, Rococo, Gothisch und Romanisch. Inhalt: 64 Tafeln mit 4 Farben gedruckt und
 Preisverzeichnis für Schablonen und Pausen. Grösse 33x25 cm. Preis Mk. 7.50. Heraus-
 gegeben und zu beziehen von
Carl Lange & Co., Berlin SW., Gitschinerstr. 94a.

Unübertroffen in reichhaltiger Auswahl, praktische Verwendbarkeit und billigen Preis.
 Versand erfolgt gegen vorherige Einsendung des Betrages oder per Postnachnahme.

Berliner Malerschule (Ministeriel genehmigt) für praktische Aus-
 bildung in Malen und Zeichnen etc. Tages-
 unterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester Mk. 150. Prospekte gratis u. franco.
Carl Lange & Co., Berlin SW., Gitschinerstr. 94a.

Malerschule Buxtehude.
 1903 wieder grosse goldene
 Medaille. Grösste Schule für
 Dekorationsmaler. Programm
 zu Dienst. Direkt. Eislerweg.

Neu! Es erschien im Selbstverlage:
Neue Holz- und Marmoralein
 zum Selbstunterricht nach eig. Original-
 Methode.
 1. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur
 M. 20.—; 2. Serie: „Neue Marmor-
 malereien“, nur M. 22.—

40 bunte **Malvorlagen** M. 5.—.
 Landschaften, Blumen, Vögel, Seestücke etc.
H. Brühl, Hamm i. Westf. (Nord.)

Hamburger Holz- und Marmor-Schule
 von **Kr. Wettershausen**,
 Hamburg, Lindenstraße 19.

Malerschule
 von **Willy Schübe**,
 Hamburg 15.

Malerschule
C. Nordmann, Hamburg 30, leistet her-
 vorragendes. Prosp. frei durch die Schriftleit.

Achtung! Nebenverdienst!
 Für jeden Maler ist es leicht, unbedingt ab-
 hehe **grosse Porträts** mit Hilfe meiner
 Photogr. Vergrößerungen auf la. Zeichenpapier
 nach j. Photographie herzustellen. Preise wie folgt:
 35/45 = 1.50 Mk., Kreideausführung 4.— Mk.
 45/55 = 2.— „ „ „ 5.—
 55/65 = 2.50 „ „ „ 6.—
 Verlangen Sie Prospekte gratis.
Aquarell, Pastell, Ölmalerei.
 Porto u. Packung 50 Pfg. Schnellste Lieferung.
Franz Fischer, Kunststalt,
 Berlin SO 16, Michaelkirchstrasse 39.

Schönstes Weihnachtsgeschenk!

ABC
 DES
DECORATIONSMALERS
 HERAUSGEGEBEN VON
C. BEHRENS

OTTO BAUMGARTEN
 VERLAG FÜR KUNST, ARCHITECTUR UND ARCHITECTUR
 BERLIN

20 Tafeln, wovon 12 farbig, n. 15
 Seiten Text m. 25 Abbildungen,
 Format 28x39 cm. Preis 20 Mk.
 Zu beziehen gegen monatliche
 Ratenzahlungen à 5 Mk. vom Ver-
 lag direkt: Köthenerstr. 39, Berlin.

R. Zerna, Malerartikele,
 Stuttgart, Gymnasialstr. 9.
 Spezialität: Pinsel, Malerbürsten,
 Zeichnungen, Schablonen u. c.

Nachruf!
 Am Sonntag, 6. Dezember, starb
 nach längerem Leiden an der Prole-
 tariatkrankheit unser treues Mitglied
Otto Gorgas im 33. Lebensjahre.
 Sein Andenken hält in Ehren!
 2.00 Filiale Burg b. Wt.

Nachruf!
 Nach langem Leiden verschied am
 7. Dezember unser treues und lang-
 jähriges Mitglied **Wilhelm Pfister** im
 28. Jahre an der Proletariatkrankheit.
 Sein Andenken hält in Ehren!
 2.00 Filiale Wiesbaden.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 49
 des Korrespondenzblattes für die Bewöl-
 mächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich **Dr. Mart**,
 Hamburg, Schmalenbenderstr. 17.
 Verlag von **S. Wenzler**, Hamburg 22.
 Druck von **Kr. Meyer**, Hamburg 23.

Selbstanterricht in der Holzmalerei
 150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-
 farben druck, mit leicht fasslicher Anleitung,
 sind für den billigen Preis von nur 10 M.
 zu beziehen von
Aug. Düttemeyer, München-Heibh.,
 Bogenstraße 8, I.

Maler-Mäntel
 aus besten Stoffen eigenes Fabrikat!
 Aechtschluss, gut stehend, 1,70, 1,75 für Beherlinge
 2.—, 2,25, 2,50 für Männer
 Umlegekragen, vorn zu schließen, neue Facen in Taschen,
 2,75, 3.—, 3,25.
 Drell-Hosen, aus bester Ware, 2,25, 2,50, 2,75, 3.—
 Barchend, sowie Normal-Hemden und Hosen, nur
 prima Qualität, geben ebenfalls zu Fabrik-
 preisen ab. Preisliste gratis.

D. Wurzel & Co., Berlin,
 Bräudenstraße 10b, I.
 Fabrik für Berufskleidung.

Bur Probe!
„Germania“, Paarschneide-Maschine Nr. 2.
 5 Mark.

 5 Mark.
 unt. Garantie, m. 2 Aufschiebeläume für
 Paarl. 3, 7 und 10 mm m. gen. Gebrauchs-
 anweis., weil die Maschine so billig, hat man
 diese bei 2 Mark. in 1/2 Jahr verb. „Famos“
 Sicherh.-Nastermesser, versehen unmöglichkeit,
 3 M. „Krone“, Sicherh.-Nasterrapparat,
 versehen unmöglichkeit, 2,85 M.; Nastermesser
 Silberst. Hohlst. 1,50 M.; Nastermesser
 Diamantst. extra Hohlst. 2,60 M., alles
 ist fertig z. Gebrauch. Versch. gegen Nachn.
 durch die Firma **Carl Nodick**, Gant
 bei Solingen 9. — Hauptkatal. aller Sort.
 Messer, Scheren, Uhren, Ketten, Waffen,
 Pfeifen, Schmuckfachen, Leder- und Musik-
 waagen, unkonst. u. portofrei an Jederm.
 NB. Vertreter geg. hohe Provision gesucht.